

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang, Wien, Montag, 13. Jänner 1919. Nr 20.

Ausgabe neuer Kohlenkarten. In der kommenden Woche werden die neuen Küchenbrandkarten bei den zuständigen Brot- und Mehlkommissionen in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags ausgefolgt und zwar sind sie von den ^{an}anspruchsberechtigten Wohnungsinhabern mit den Namen- Anfangsbuchstaben A - F am Dienstag den 14. Jänner, G - I und L am Mittwoch den 15. Jänner, K, M - O am Donnerstag den 16. Jänner, P - R, S am Freitag den 17. Jänner, Sch, T - Z Samstag den 18. Jänner persönlich oder ~~zurück~~ durch einen gehörig ausgewiesenen Stellvertreter zu beheben. Die Besitzer der neuen Küchenbrandkarten haben ihren Namen und Wohnort in den Bestellabschnitt einzutragen und sich bei einer frei zu wählenden Kohlenabgabestelle innerhalb zweier Tage nach Empfang der Karte ~~rayonieren~~ zu lassen. Den Parteien wird empfohlen, den Händler zu wählen, der ~~nicht~~ bisher bedient hat. Falls von einer Partei keine Abgabestelle gefunden werden kann, hat sie sich an den Kohlenkommissär des zuständigen Magistratischen Bezirksamtes wegen Zwangsrayonierung zu wenden.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang, Wien, Montag 13. Jänner 1919. Nr 21.

Beschleunigte Behandlung der Kontrahentenrechnungen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat ^{am} dem Magistratsdirektor folgenden Erlass gerichtet: Schon zur Zeit meines Amtsantrittes als Bürgermeister der Stadt Wien habe ich mit dem Erlass vom 25. Jänner 1913 alle städtischen Organe angewiesen, der Behandlung der Kontrahentenrechnungen alle jene Aufmerksamkeit zuzuwenden, die den berechtigten Anforderungen und Interessen der Gewerbetreibenden entspricht. Die gegenwärtigen, durch den Auszug des Krieges verursachten Verhältnisse erheischen es umso dringender, dass die städtischen Aemter die Kontrahentenrechnungen mit aller Beschleunigung der Erledigung zuführen, als infolge des Zerfalles des österreichischen Staates gewaltig grosse Verdienstsommen für Kriegslieferungen vorläufig nicht zur Ausszahlung gelangen. Hiedurch erhöht sich aber auch die Gefahr, dass zahlreiche gewerbliche und industrielle Unternehmungen ihren Betrieb einstellen müssen, wodurch sich die Zahl der Arbeitslosen in Wien, die ohnehin schon eine ausserordentliche Höhe erreicht hat, noch in bedeutendem Masse erhöhen würde.

Ich ersuche daher Euer Hochwohlgeboren, die städtischen Aemter neuerlich auf das nachdrücklichste anzuweisen, die Rechnungen der städtischen Kontrahenten mit aller nur immer tunlichen Beschleunigung zu behandeln und dafür zu sor-

gen, dass diese Rechnungen stets in der kürzesten Zeit zur Ausszahlung gelangen.

Wähleraufnahme. Dem Magistrate ist zur Kenntnis gekommen, dass in einzelnen Fällen Hauseigentümer und Wahlberechtigte die Ausfüllung der Hauslisten und Wähleranfrageblätter verweigert haben. Abgesehen davon, dass die Verweigerung der Mitwirkung der genannten Personen als Uebertretung bestraft werden müsste, liegt es auch im allgemeinen Interesse eine vollständige Wählerliste herzustellen und ergoht daher an alle Beteiligten die Einladung zur Mitwirkung.

Titeländerungen im Stadtbauamte. Nach einem Antrage des VB. Hoss werden folgende Titeländerungen im Hilfsstatus des Stadtbauamtes genehmigt: Oberrevident 1. Klasse in technischer Verwalter, Oberrevident 2. Klasse in technischer Oberrevident, in den Rangbezeichnungen Revident, Official, Assistent und Praktikant wird das Wort „Technisch“ eingeführt. Nach einem Zusatzantrage des StR. Vaugoin wird das Stadtbauamt angewiesen, wegen der Aenderung der Bezeichnung „Hilfsstatus“ einen Vorschlag zu unterbreiten.

Aus dem Versorgungsheim. Nach einem Berichte des Stadtrates Dr. Haas werden den Bediensteten im Pavillon 1 des Versorgungsheimes, welche die Krankenpflege während der Grippe-Epidemie zu besorgen hatten, Zulagen in der Gesamthöhe von rund 20.000 K gewährt. Seit 15. Oktober 1918 wurden dort 1144 Grippekranke (335 Männer und 809 Frauen) verpflegt.

Die Veranstaltungen in den Turnsälen. Nach einem Berichte des Stadtrates Tomola in der letzten Sitzung des Stadtrates wird die Ueberlassung von Turnsälen für die Abhaltung von politischen Versammlungen unter den Bedingungen gestattet, dass das Rauchverbot eingehalten wird, die Schuldiener von den betreffenden Parteien entlohnt werden und dass die die Säle benutzenden Parteien für jede Sachbeschädigung haftbar sind. Den Parteien wird empfohlen, sich nur um Turnsäle in Knabenschulen zu bewerben.